

Stand: 2. März 2016, 10:00 Uhr – Es fehlen Antworten der FDP, die das bis zur Wahl nachholen will.

## Fragen des BUND zur Umwelt- und Naturschutzpolitik in Darmstadt und Antworten der bislang im Stadtparlament vertretenen Parteien zur Kommunalwahl am 6. März 2016

Direktlink:

Reihenfolge der Antworten analog des Stimmzettels zur Kommunalwahl in Darmstadt:

**CDU**

**SPD**

**Grüne**

**Die Linke**

**FDP**

**Uffbasse**

**Piraten**

### Kommunalwahl 2016 – BUND-Befragung der Parteien und Gruppierungen

Hier finden Sie die Antworten der bisher schon in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien. Die UWIGA teilt uns mit, dass sie sich als kleine Wählergruppe nicht in der Lage sieht, die Fragen zu beantworten, gleichwohl den Naturschutz insgesamt als äußerst wichtig ansieht. Die FDP will versuchen, bis zur Wahl die Fragen zu beantworten.

#### 1. Biologische Vielfalt

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt beschloss 2014 das Maßnahmenprogramm „Biologische Vielfalt“. Dieses ist umfangreich und wurde im Juli 2015 auf der Auftaktveranstaltung unter anderem von der Hessischen Staatsministerin als wegweisend gelobt. Bislang ist davon allerdings sehr wenig umgesetzt.

a) Welche der 25 Maßnahmen wollen Sie in den kommenden fünf Jahren umsetzen?

b) Welche finanziellen Mittel wollen Sie dafür jährlich bereitstellen?

#### **CDU**

*Ein Projekt, das in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden soll, ist die Wiederbelebung der Stadtgärtnerei, hierfür sind bereits 150.000 Euro im Haushalt eingestellt.*

*Weitere konkrete Maßnahmen können wir zur Zeit nicht benennen, das wäre unseriös.*

#### **SPD**

*Die SPD unterstützt das Maßnahmenprogramm in Gänze und hat dies auch in ihr Kommunalwahlprogramm aufgenommen. Insbesondere die Teilaspekte zu Fragen der Stadtplanung sind kompatibel zu unserem Ansatz eines Masterplans Wohnen für Darmstadt.*

*Dies lässt sich nur unter Berücksichtigung des aktuellen Umsetzungsstands und der aktuellen Planung zur weiteren Umsetzung in der Stadtverwaltung genauer beziffern. Die SPD bekennt sich zum Ziel der biologischen Vielfalt und wird dies auch angemessen bei der Dimensionierung der Haushaltsmittel berücksichtigen.*

#### **Grüne**

*Die Vereinten Nationen haben den Zeitraum 2011-2020 zur UN-Dekade „Biologische Vielfalt“ ausgerufen. Ziel ist es, mehr Menschen als bisher für den Erhalt der biologischen Vielfalt zu sensibilisieren und damit das*

*gesellschaftliche Bewusstsein für deren Wert und die Verantwortung für deren Schutz zu fördern. Besonders wichtig ist die Einbindung der BürgerInnen und Bürger unserer Stadt in die Zielsetzungen und Umsetzungsmaßnahmen des Naturschutzes. Hierfür müssen sie umfassend informiert werden.*

*Das Einbinden von Naturschutzverbänden, Initiativen, des botanischen Gartens sowie der Hochschule und der TU Darmstadt sowie weiterer Institutionen kann dabei helfen. Durch die Einbeziehung von Schulen soll auch Kindern und Jugendlichen praktischer Naturschutz über die bereits geleisteten Maßnahmen hinaus nahe gebracht werden. Hier wollen wir durch Aufklärung einen Bildungsbeitrag leisten. Auch BürgerInnen und Bürger sowie Firmen der Stadt Darmstadt sollen sich an dieser Initiative zum praktischen Natur- und Artenschutz beteiligen können. Hier möchten wir werben und informieren. Denkbar und wünschenswert wäre die ehrenamtliche Beteiligung von BürgerInnen und Bürgern an den praktischen Maßnahmen der Stadt, bei der Grünpflege oder durch Baumpatenschaften.*

*Ein Projekt, das in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden soll, ist das Leuchtturmprojekt Stadtgärtnerei. Die grün-schwarze Koalition hat hierfür 2016 im Haushalt 150.000 Euro eingestellt.*

### **Die Linke**

*zu a) Renaturierung (Schritt 3),*

*naturahe Gestaltung öffentlicher Anlagen (Schritt 6),*

*Artenschutzmaßnahmen für Flora und Fauna (Schritt 14), hierbei besondere Anstrengungen in Begrünung von Dächern und Wänden, im Hinblick auch auf eine mögliche Landesgartenschau 2022 vor allem im dicht bebauten Mollerviertel, aber auch am Berufsschulzentrum,*

*weitere Renaturierung der Modau (Schritt 15) und viel*

*Öffentlichkeitsarbeit vor allem an Schulen.*

*zu b) 400 TEURO zuzüglich weitere Einzelprogramme z.B. zur Gewässer-Renaturierung*

### **FDP**

#### **Uffbasse**

*zu a) Wir halten alle Maßnahmen für sinnvoll, aber Uffbasse wird wohl nicht in die Situation kommen, bestimmte Maßnahmen "umzusetzen". Gleichwohl können wir entsprechende Vorschläge unterstützen, aber nicht vorbehaltlos. Wir bewerten, ob die Maßnahme in einem vernünftigen Verhältnis zu den erforderlichen Kosten steht und ob andere Aspekte eine höhere Priorität haben wie z.B. Schaffung von Wohnraum vs. Versiegelung. Statt mit Verboten und Geboten in Satzungen Maßnahmen vorzuschreiben sehen wir langfristig mehr darin, das Bewusstsein dafür zu schärfen, was gemacht werden sollte. Außerdem sollten wir immer bedenken, dass wir in einer Stadt mit dichter Bebauung, viel Verkehr etc. Wohnen und dies ein permanentes Spannungsfeld mit dem Thema Natur und Umwelt ist, was "Ideallösungen" erschwert.*

*zu b) Die individuelle Kalkulation einzelner Maßnahmen und deren Durchführung erscheint uns ehrlicher als hier eine jährliche Summe X niederzulegen die im Nachhinein nicht realisierbar ist.*

#### **Piraten**

*zu a) Wir setzen uns für eine generelle Umsetzung der Maßnahmen ein.*

*Die vorgeschlagene Reihenfolge erscheint uns sinnvoll.*

*Zusätzlich fordern wir, dass alle in diesem Rahmen erhobenen Daten für alle Bürger einsehbar zur Verfügung gestellt werden.*

*zu b) Da wir keine Finanzexperten zur Verfügung haben können wir nicht realistisch abschätzen wie viel Geld zur Umsetzung benötigt wird. Daher können wir auch keine Summe nennen wie viel wir jährlich dafür bereitstellen würden.*

*Der Bedarf sollte nach den Daten der Ersten Erhebung angemessen und offen geplant werden. Dann kann offen und auch mit Beteiligung der Bürger jeweils über die umzusetzenden Maßnahmen entschieden werden, und so die nötigen Mittel zugeteilt werden.*

## **2. Wald**

Darmstadt besitzt rund 2000 ha Stadtwald. Andere Kommunen wie München lassen ihre Stadtwälder nach besonders strengen ökologischen Prinzipien gemäß Naturland-Kriterien bewirtschaften andere nach strengen FSC-Kriterien.

Befürworten Sie die Naturland-Zertifizierung auch für Darmstadt? Setzen Sie sich dafür ein, den Kommunalwald ihrer Stadt nach dem Naturland- oder zumindest dem FSC-Siegel zertifizieren zu lassen?

### **CDU**

*Nein, nur nach FSC. Die Zertifizierung des Stadtwaldes nach FSC-Kriterien wurde von der Koalition bereits beschlossen.*

### **SPD**

*Hierzu hat die SPD keine Beschlusslage. Gerne nehmen wir Ihre Argumente hierzu auf. Kommen Sie auf uns zu.*

### **Grüne**

*Ja, nach dem FSC-Siegel, Auf Antrag der grün-schwarzen Koalition hat das Stadtparlament bereits 2014 beschlossen, den Stadtwald nach FSC-Kriterien zu zertifizieren.*

### **Die Linke**

Ja, nach dem FSC-Siegel oder dem Naturland-Siegel. Die FSC-Zertifizierung ist allerdings im Vorjahr beschlossen worden.

### **FDP**

### **Uffbasse**

*Ja, nach dem FSC-Siegel / nach dem Naturland-Siegel. Die Richtlinien der genannten „Siegel“ bedeuten eine nachhaltige Waldbewirtschaftung mit ausgewogenem Holzeinschlag und Wiederaufforstung. Ob FSC- oder Naturland-Siegel gerade für den Darmstädter Wald besser sind und dort auch wirklich 100% umsetzbar sind, können wir nur bedingt bewerten und überlassen das lieber Fachleuten. Nach unserer Kenntnis kann sich die*

*Zertifizierung langfristig auch finanziell auszahlen. In Anbetracht der knappen Kassen muss es ein klares finanzielles Konzept dafür geben, damit nicht zu Ungunsten anderer Umweltmaßnahmen Geld dafür ausgegeben wird.*

#### **Piraten**

*Ja, nach dem FSC-Siegel / nach dem Naturland-Siegel*

### **3. Umweltbewusstsein an zentraler Stelle fördern**

a) Das seit 2003 durchgeführte Umweltdiplom der Wissenschaftsstadt Darmstadt für Kinder der Klassen 4 bis 6 ist ein Erfolgsmodell. Auch u.a. Vereine bieten daneben in Darmstadt vielfältige Angebote in der Umweltbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene an.

Befürworten Sie die Unterstützung des Umweltdiploms weiterhin auch mit städtischen Mitteln?

#### **CDU**

*Ja.*

#### **SPD**

*Ja. Umweltbildung hat für uns, neben den direkten Maßnahmen für Umweltschutz, einen hohen Stellenwert in der Umweltpolitik. Wir wissen, dass das Umwelt-Diplom bei Kindern sehr beliebt ist, und sind der Meinung, dass dieses Angebot weiter gefördert werden muss. Eine Kürzung lehnen wir ab.*

#### **Grüne**

*Ja. Das Umweltdiplom wurde 2003 von der grünen Schuldezernentin Daniela Wagner eingeführt und ist seitdem ein Erfolgsmodell. Selbstverständlich soll dies fortgesetzt und gestärkt werden.*

#### **Die Linke**

*Ja, unbedingt. Es sollte die Wiederbelebung der Schulgärten (falls vorhanden) geprüft werden*

#### **FDP**

#### **Uffbasse**

*Ja. Leider wird das derzeitige Angebot nicht gut angenommen, es müsste attraktiver gestaltet werden. Es sollte verbindlich in einer Jahrgangsstufe an allen DA Schulen durchgeführt werden, das wäre sinnvoller als das freiwillige Angebot.*

#### **Piraten**

*Ja. Wir wünschen eine Überprüfung der Wirksamkeit des „Umweltdiploms“ bezüglich Kosten / Nutzen und Bekanntheit. Hintergrund: In der StaVo wurde erwähnt, dass dieses Angebot wenig genutzt wird.*

b) Setzen Sie sich dafür ein, dass bei einer Nachnutzung des Geländes der Stadtgärtnerei ein ökologisch-inklusives Konzept mit einer ökologisch ausgerichteten Gärtnerei und einem innerstädtischen Naturerlebnis- und Lernort für alle Bürgerinnen und Bürger umgesetzt wird?

#### **CDU**

*Ja. Hierfür sind bereits 150.000 Euro im Haushalt eingestellt.*

#### **SPD**

*Nein. Die Neugestaltung der Orangerie bietet große Chancen für neue Konzepte und Kooperationsmöglichkeiten. Die SPD Bessungen hat diesbezüglich eine Konzeption erarbeitet und beim Wettbewerb der Stadt eingereicht. Diese unterstützen wir.*

#### **Grüne**

*Ja. Für die Weiterentwicklung der Stadtgärtnerei als Leuchtturmprojekt für Energieeffizienz, Inklusion und bürgerschaftliche Aktivitäten hat die grün-schwarze Koalition im Haushalt 2016 150.000 Euro an Planungsmitteln eingestellt.*

#### **Die Linke**

*Das kann nicht mit Ja oder Nein beantwortet werden. Die Fläche ist auf jeden Fall weiter gärtnerisch zu nutzen, keinesfalls als Café, Festplatz o.ä. Es sollte die Trägerschaft durch einen Verein ähnlich der Knabenschule für mehrere Nutzungen erfolgen. So wäre ein Ausgleich der Interessen möglich.*

#### **FDP**

#### **Uffbasse**

*Ja. Grundsätzlich ist das ein gutes Modell, eine Festlegung auf ein bestimmtes Modell werden wir aber erst in Abhängigkeit von den Kosten, vor allem den jährlich wiederkehrenden Ausgaben treffen können.*

#### **Piraten**

*Ja. Diese Umsetzung muss gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden.*

### **4. Gifteinsatz**

Glyphosat (Handelsname z.B. Roundup) ist das weltweit am häufigsten eingesetzte Pflanzengift. 2015 stufte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ ein. Seit dem 1. Juli 2015 ist daher durch Erlass des Umweltministeriums der Einsatz glyphosathaltiger Pestizide auf Wegen, Plätzen und sonstigem Nichtkulturland in Hessen nur noch in begründeten Ausnahmefällen möglich.

Setzen Sie sich dafür ein, dass Glyphosat in Ihrer Stadt nicht mehr auf öffentlichen und (verpachteten) landwirtschaftlich genutzten kommunalen Flächen eingesetzt wird?

#### **CDU**

*Nein. Es ist nicht wissenschaftlich bewiesen, dass Glyphosat krebserregend ist, in städtischen Grünanlagen wird schon seit vielen Jahren herbizidfrei gearbeitet. Der Einsatz von Pflanzenschutzmittel auf Ackerflächen kann nicht von einer Kommune geregelt werden, hier gelten EU- und Landesvorschriften.*

#### **SPD**

*Wir haben in der Kommunalpolitik keine Expertise zu Glyphosat. Dessen Anwendung muss unseres Erachtens unter Berücksichtigung auch aktueller Erkenntnisse auf den für den generellen Einsatz bzw.*

*Verbot von Pflanzenschutzmitteln politisch zuständigen Ebenen einheitlich geregelt werden. Ein kommunaler Flickenteppich an Regelungen ist wenig hilfreich.*

### Grüne

*Ja. Keine Neuzulassung von Glyphosat solange Zweifel an der gesundheitlichen Unbedenklichkeit bestehe. Da bei einem Anwendungsmoratorium ein „Ausweichen“ auf andere Stoffe zu befürchten ist, die gesundheitlich auch nicht unbedenklich sind, muss diese Maßnahme von einer umfassenden Pestizidreduktionsstrategie begleitet werden.*

### Die Linke

*Ja. Es sollte eine Anfrage gestellt werden, wo und warum Glyphosat bei der Stadt und ihren Pächtern eingesetzt wird.*

### FDP

### Uffbasse

*Ja. Als Stadt sind wir in der besonderen Verantwortung gegenüber der Gesundheit der Menschen, außerdem befürchten wir eine Verringerung der Artenvielfalt durch den Einsatz von Giften. Warum wird gerade herausgegriffen? Glyphosat ein relativ „harmloses“ Herbizid, welches relativ schnell und gut abgebaut wird und auf Tiere nicht sonderlich Toxisch wirkt. Ein Verzicht von Glyphosat würde zum Einsatz welcher Mittel führen? Eine gute Landwirtschaft hat lebendige Böden und braucht keine großartigen chemischen Eingriffe. Aber wir sollten auch bedenken, dass ohne aus Erdöl gewonnenen Dünger und Pflanzenschutzmittel eine Weltbevölkerung wie es sie derzeit gibt nicht ernährt werden kann.*

### Piraten

*Keine Antwort.*

## 5. Stadtklima

Durch den Klimawandel steigt die Wahrscheinlichkeit von starken Hitzebelastungen in der Stadt. Dies stellt eine Gefahr für die Gesundheit der Menschen dar.

- a) Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie in den nächsten 5 Jahren unterstützen, um Hitzebelastungen abzumildern?
- b) Wie stehen Sie zur Bebauung von Kalt- und Frischluftleitbahnen (z. B. an der Lichtwiese)?

### CDU

*zu a) Hier hat die Koalition von Grünen und CDU Mittel für ein Klimagutachten eingestellt.*

*zu b) Laut Landschaftsplan gibt es in Darmstadt fünf Kaltluftbahnen, diese sind für das Stadtklima wichtig und von Bebauung freizuhalten.*

### SPD

*zu a) Hierfür ist die Entwicklung einer lokalen Anpassungsstrategie notwendig. Dazu zählen aus unserer Sicht*

- die verstärkte Begrünung Darmstadt, z.B. durch die Begrünung von Dach und Freiflächen
- Investitionsprogramm und Beratungsprogramm zur Förderung von Dach – und Fassadenbegrünung
- jede öffentliche bauliche Maßnahme muss hinsichtlich ihrer Auswirkung auf das Stadtklima überprüft und gegebenenfalls angepasst werden
- Dort, wo es möglich ist, sollen versiegelte Flächen entsiegelt werden
- Erweiterung des innerstädtischen Baumbestands
- Überprüfung des Baumbestandes inwieweit er für sich verändernde klimatische Bedingungen geeignet ist.
- Erweiterung der Grünflächen um 20%

zu b) Kaltluftleitbahnen sind von großer Bedeutung für das Stadtklima. Der Sommer 2015 hat gezeigt, mit welchen Hitzebelastungen wir in Zukunft zu rechnen haben. Um weiter eine lebenswerte Aufenthaltsqualität in der Stadt zu gewährleisten müssen bestehende Frischluftbahnen erhalten bleiben und müssen von Hochbebauung freigehalten werden. Wir setzen uns darüber hinaus ein, dort, wo möglich, sie in ihrer Funktion auszubauen.

### Grüne

zu a) Wir GRÜNE haben uns 2014 dafür eingesetzt, dass Haushaltsmittel bereitgestellt werden, um ein Klimagutachten für Darmstadt zu erstellen. Es wird uns erlauben, mit spezifischen Klimaanpassungsstrategien im Stadtgebiet bestmöglich auf negative Auswirkungen des Klimawandels zu reagieren und das Mikroklima unserer Stadt aktiv positiv zu beeinflussen, zum Beispiel durch Erweiterungen und Neuanlagen von Grünflächen, wo immer möglich.

zu b) Für die Versorgung unserer Stadt mit Frischluft sind nach dem Landschaftsplan der Wissenschaftsstadt Darmstadt fünf Leitbahnen von großer Wichtigkeit. Eine von diesen führt von Südosten über das Naherholungsgebiet Lichtwiese bis in die Innenstadt und sorgt so für die Abkühlung und Durchlüftung dicht bebauter Quartiere. Bei Planungen zum Ausbau des Campus TU Lichtwiese muss dies bedacht und der zugrunde liegende Bebauungsplan diesbezüglich geprüft werde.

### Die Linke

zu a) Frischluftschneisen freihalten, Wälder erhalten, die Wurzelräume der Stadtbäume bewahren und bei Neuanpflanzungen mit Baumaßnahmen größer gestalten, an Regenwassersysteme zur Bewässerung denken, Dach- und Fassadenbegrünungen, vorhandene (!) und neue Wasserbecken und Brunnen wiederherstellen und bauen.

zu b) Frischluftschneisen sind genau wie die Entstehungsgebiete der Frischluft, z. B. Oberfeld, Eberstädter Streuobstwiesen und angrenzende Wälder, unbedingt zu erhalten. Eine Bebauung würde die Frisch- und Kaltluftströme behindern, die gerade im Sommer dringend notwendig sind, um die dicht bebauten Gebiete Darmstadts während der Nacht- und Morgenstunden zu durchlüften. Hitzestaus und eine noch höhere Schadstoffbelastung der Luft durch mangelnden Austausch wären die Folge.

### FDP

### Uffbasse

zu a) Wir müssen Grünflächen in der Stadt erhalten und wo möglich, zusätzliche Grünflächen schaffen, auch kleinteilig wie z.B. durch Dachbegrünung bei Neubauten und im Bereich Straßenbegleitgrün. Dabei bewerten wir aber auch, ob Maßnahmen in einem vernünftigen Verhältnis zu den erforderlichen Kosten stehen und ob andere Aspekte eine höhere Priorität haben. Bei der Entscheidung für neuen Wohnraum vs. Versiegelung könnte z.B. weniger

Grundstücksfläche bebaut (d.h. versiegelt) werden durch eine höhere Anzahl von Geschossen. Auch „platzsparende“ Mobilitätsarten und eine dezentrale Versorgung mit weniger Verkehr führt indirekt zu mehr Fläche für Natur. Dabei müssen wir immer bedenken, dass wir in einer Stadt mit dichter Bebauung, viel Verkehr etc. Wohnen und dies ein permanentes Spannungsfeld mit dem Thema Natur und Umwelt ist, was „Ideallösungen“ erschwert.

zu b) Wir versuchen solche Bebauungen zu verhindern/vermeiden, wo immer es geht. Es müssen schon sehr gewichtige Gründe sein, die eine Bebauung der Kalt- und Frischluftleitbahnen rechtfertigen.

### Piraten

zu a) Die tatsächliche Hitzebelastung in den nächsten 5 Jahren sehen wir nicht als primäres Problem der Stadt Darmstadt. Die bereits bestehenden Belastungen z.B. durch Feinstaub oder diversen Verkehrslärm sollten zuerst angegangen werden.

Eventuelle kontraproduktiven Maßnahmen würden wir selbstredend jetzt schon ablehnen, wie z.B. der Erwerb von Klimaanlage durch die Stadt oder Erneuerung von Straßenbeleuchtung, die nicht mit energiesparender, also z.B. LED-Technik, ausgerüstet ist.

zu b) Dies liegt in der Entscheidungshoheit der Technischen Universität Darmstadt. Vielleicht könnte man einen Architektur-Wettbewerb ins Leben rufen, der eine Bebauung planen lässt, die diese Luftleitbahnen einbezieht.

## 6. Klimaschutz

Im „Integrativen Klimaschutzkonzept“ der Stadt wird eine 40 %-ige CO<sub>2</sub>-Verminderung bis 2030 als möglich erachtet und 138 Maßnahmen werden dazu vorgeschlagen.

a) Welches Reduktionsziel streben Sie an?

b) Welche Maßnahmen wollen Sie in den nächsten 5 Jahren durchführen?

### CDU

zu a) Die Umsetzung der im Klimaschutzkonzept genannten 40 %

zu b) Verflüssigung des Verkehrs, Passivhäuser, Energieeinsparungsmaßnahmen

### SPD

zu a) Wir verfolgen weiterhin das in unserem Parteiprogramm angestrebte Kernziel von einer Reduktion von CO<sub>2</sub> um 50% bis 2030 und 80% bis 2050.

zu b) Als SPD setzen wir konsequent auf die zwei Pfeiler Ausbau erneuerbarer Energien und Steigerung der Energieeffizienz.

*Die Energiewende wollen wir dabei als ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger Darmstadts gestalten. Beispielsweise durch:*

- Ausbau der Bürgersolaranlagen
- Solardachbörse
- verstärkte Einbeziehung von Biomasse
- energieeffiziente Klärung und energetische Nutzung von Abwasser
- Nutzung von Windenergie

### **Grüne**

*zu a) Wir wollen das integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt von 2013 umsetzen und so den CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber 1990 bis 2020 um mindestens 40 % reduzieren. Eine CO<sub>2</sub>-neutrale Energieerzeugung innerhalb der nächsten Jahre sehen wir als realistisches Ziel für Darmstadt an.*

*zu b) Neubauten sollen möglichst als Passivhäuser gebaut werden. GRÜNE Vision ist das Energie-Plus-Haus, ein Haus, das mehr Energie gewinnt als es verbraucht. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft bauverein AG soll diesbezüglich eine Vorreiter-Rolle einnehmen.*

*Wir setzen aber auch auf andere Vermieterinnen und Vermieter, denen mit dem ökologischen Mietspiegel Investitionen in Energiesparmaßnahmen ermöglicht werden. Um mehr Investitionen in Darmstadt zu erreichen, wollen wir die Vernetzung der zahlreichen unabhängigen Beratungsangebote entsprechender Institutionen in den Hochschulen, des Landes (Hessenenergie) und der Stadt (Agendabüro), des Instituts für Wohnen und Umwelt, des Öko-Instituts, des Passivhaus-Instituts und der Verbraucherberatung fördern.*

### **Die Linke**

*zu a) Das im Klimaschutzkonzept genannte Ziel darf nicht unterschritten werden. Eine höhere Reduktion wäre wünschenswert.*

*zu b) Grundsätzlich durch eine Verkehrswende hin zum Umweltverbund von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Wir wollen die Attraktivität des ÖPNV steigern durch die Einführung eines Bürgertickets. Als Übergangslösung wäre eine viel billigere Jahreskarte denkbar. Außerdem müssen die Kapazitäten erhöht werden, etwa durch die Straßenbahn-Anbindung der „Telekom-City“. Wir sind für eine Schienenverbindung nach Roßdorf/Groß-Zimmern und für die Verlängerung der Pfungstadtbahn zum Nordbahnhof.*

*Wir wollen, dass das Radverkehrsnetz schnell und planmäßig vervollständigt wird, sowohl durch Radwege als auch durch die sichere Führung des Radverkehrs auf den Straßen.*

### **FDP**

#### **Uffbasse**

*zu a) Wir streben natürlich die höchstmögliche Reduktion an, solange die Maßnahmen das Leben der Bürger in der Stadt nicht zu sehr einschränken. Eine Senkung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr sehen wir nach wie vor als erforderlich an.*

zu b) Der ÖPNV muss günstiger werden. Wir streben das sogenannte Wiener Modell an, bei dem eine Jahreskarte einen Euro pro Tag kostet. Natürlich gibt es auch noch weitere Sozialtarife für Jugendliche, alte Menschen und sozial Schwache. In Wien hat die Vergünstigung des ÖPNV zu einer Senkung des Individualverkehrs geführt. Außerdem müssen die Radwegnetze ausgebaut werden und Fahrradfahren in der Stadt an Attraktivität gewinnen.

### Piraten

zu a) Umstellung von so vielen städtischen Fahrzeugen wie möglich auf Elektromobilität mit Strom aus erneuerbarer Energie.

Berechnung und ggf. Errichtung von passenden Wärmedämmungsmaßnahmen bei öffentlichen Bauwerken, die viel Heizlast aus fossilen Brennstoffen haben.

zu b) Das, was davon umsetzbar ist.

## 7. Kraft-Wärme-Kopplung

KWK kann in vielen Größenklassen und mit verschiedenen Brennstoffen betrieben werden und stellt die Verbindung zwischen Stromwende und Wärmewende her. Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune viele neue KWK-Anlagen in kommunalen und anderen Gebäuden eingebaut werden?

### CDU

Nein.

### SPD

KWK-Anlagen sind eines der Instrumente zur Steigerung von Energieeffizienz. Wir befürworten ihren Einsatz dort, wo er wirtschaftlich darstellbar ist und keine unter ökologischen Aspekten besseren Technologien zum Einsatz kommen können.

### Grüne

KWK stellt aus Sicht der Grünen eine CO<sub>2</sub>-arme Energieversorgungsoption für den Übergang zu 100 Prozent Ökostrom dar. Bevorzugt werden hocheffiziente gasbetriebene KWK. Unter den gegebenen Bedingungen können sich im Bestand allerdings derzeit nur noch die wesentlich klimaschädlicheren Kohle-KWK halten. Ein deutliches Anheben der Förderung für den Neubau von klimafreundlichen Gas-Anlagen und eine zusätzliche Bestandsförderung für Gas-KWK könnten hier geeignete Anreize setzen, müssen aber von der Bundespolitik geregelt werden.

### Die Linke

Ja. Seit vielen Jahren stagniert die Anzahl der KWK-Heizungen an Schulen bei etwa 20. Da hat sich offenbar nichts mehr getan. Da es eine Schwelle für die Wirtschaftlichkeit gibt, sind Anreize für gemeinsame Systeme für mehrere Häuser zu schaffen. Richtig ist die Ausweitung der vorhandenen Fernwärmesysteme, wobei der Anschlusszwang aber transparentes Finanzgebaren erfordert.

### FDP

### Uffbasse

Ja

## Piraten

*Ja. KWK schätzen wir nicht nur wegen der damit möglichen Energieeinsparung, sondern auch wegen der Möglichkeit, diese dezentral einzusetzen.*

## 8. Verkehr

Laut Klimakonzept liegt der Anteil des Pkw-Verkehrs (Modal Split) in Darmstadt bei 45 %. Dieser Verkehr ist mitverantwortlich für die Belastung mit Luftschadstoffen (besonders Stickoxide; hier werden nach wie vor die Grenzwerte häufig überschritten) sowie Lärm und stellt eine Gefahrenquelle dar.

- a) Halten Sie eine Reduktion auf geringe Werte (z. B. 32 % wie in Freiburg) für wünschenswert?
- b) Falls Ja: welchen Maßnahmen wollen Sie in den kommenden 5 Jahren ergreifen, um das zu erreichen?
- c) Um Schadstoffbelastungen in den Städten zu senken, brauchen wir eine Verkehrswende. Welche lokalen Maßnahmen und Konzepte verfolgt Ihre Partei um diese zu erreichen?
- d) Setzen Sie sich dafür ein, dass der rechtliche Rahmen geschaffen wird, dass auf innerstädtischen Hauptverbindungsstraßen ganztägig Tempo 30 bzw. Tempo 40 ermöglicht wird?
- e) Wie stehen Sie zum Neubau von Straßen wie der Westranderschließungsstraße?

## CDU

*zu a) Für wünschenswert auf jeden Fall, die Frage ist wie weit eine Reduktion möglich ist.*

*zu b) Ausbau des ÖPNV, Förderung des Radverkehrs, Verflüssigung des Verkehrs im Gesamten. Nur eine Kombination aller Verkehre und Maßnahmen wird uns weiterbringen*

*zu c) siehe b)*

*zu d) Nein, das halten wir nicht für vorrangig wichtig.*

*zu e) Die Westrandstraße in der geplanten Form ist erforderlich.*

## SPD

*zu a) Ja, denn der SPD Darmstadt ist bewusst, dass gerade die sehr hohen Feinstaubbelastungen in Darmstadt auch eine Reduktion des PKW-Verkehrs notwendig machen.*

*zu b) Die Attraktivität des ÖPNV muss weiter gesteigert werden. Dort, wo es tagsüber zu Überlastung von Bahnen und Bussen kommt, werden wir uns für eine bessere Taktung einsetzen. (Dies betrifft v.a. die Linien 1, 6, 7 und 8). Insbesondere der Osten Darmstadts wird derzeit durch Verkehr stark belastet, deshalb fordern wir eine neue Ost-West- Straßenbahn.*

*Gleichzeitig ist es wichtig, eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik und -strategie gemeinsam mit dem Landkreis zu entwickeln. Nicht nur Anbindungen in das Umland durch ÖPNV müssen attraktiv gestaltet werden, auch die Möglichkeiten für Park& Ride Parkplätzen müssen in Darmstadt ausgebaut werden. Hier bietet sich z.B. das Umfeld des Ostbahnhofes an.*

*zu c) Es ist dringend notwendig ein gesamtstädtisches Verkehrsentwicklungskonzept zu entwickeln. Hierzu gehört auch, die prognostizierte Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs zu antizipieren und die Verkehrsflüsse von, nach und durch Darmstadt besser zu steuern.*

*Unsere zentrale Forderung zum Ausbau der persönlichen Mobilität der Bürgerinnen und Bürger auch ohne PKW ist die Grundidee eines solidarisch finanzierten Bürgertickets, das den gesamten ÖPNV in Darmstadt umfasst.*

*Um Fahrradfahren in Darmstadt sicher und attraktiv zu gestalten, reicht aus unserer Sicht die Einrichtung von partiellen Fahrradstraßen nicht. Wir setzen uns für durchgehende und sicherere Radverkehrsverbindungen sowohl in Ost-West als auch in Nord-Süd Richtung ein. Bei der Planung neuer Radverkehrswege tragen wir auch den veränderten Nutzungsarten durch die Zunahme von E-Bikes und Lastenfahrrädern Rechnung.*

*zu d) Derzeit erprobt die Stadt Frankfurt entsprechende Konzepte. Wir verfolgen die dortige Entwicklung und politische Diskussion zu dieser Frage mit großem Interesse. Die Ausweitung von Tempo 30 innerorts können wir uns gut vorstellen. So fordern wir dies etwa für ganz Arheilgen. Tempo 30 für sämtliche Hauptverkehrsstraßen macht unseres Erachtens jedoch keinen Sinn ohne es zuvor im Rahmen des notwendigen Verkehrsentwicklungskonzepts auf seine Auswirkungen hin untersucht zu haben.*

*Die Darmstädter Verkehrspolitik darf nicht aus Einzelmaßnahmen bestehen, sondern muss an einer längerfristigen Strategie orientiert zielgerichtet entwickelt werden.*

*zu e) Auf dem Parteitag der SPD Darmstadt am 13. November 2015 haben wir eine Westranderschließungsstraße abgelehnt und dies auch im Programm verankert.*

## **Grüne**

*zu a) Eine Reduzierung des PKW-Verkehrs ist generell begrüßenswert. Dies geht nur unter Einbeziehung der Pendlerströme. Wir streben daher als zentrale Entwicklungsachse der Region weiterhin eine Straßenbahnverbindung zwischen Roßdorf und Weiterstadt an, die über Darmstadt führt. Bis dafür eine wirtschaftlich tragfähige Lösung gefunden ist, werden wir uns für leistungsfähige Übergangslösungen im ÖPNV stark machen.*

*zu b) Wir wollen bis 2021 den Anteil des Radverkehrs am Mobilitätsverhalten (Modal Split) in Darmstadt von aktuell ca. 15 % auf mindestens 20 % steigern. Mobilitätspunkte, an denen Busse und Bahnen, Fahrradverleih- und Carsharing-Systeme sowie Taxen koordiniert zur Verfügung stehen, helfen, zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln hin und her zu wechseln. Bis zum Ende der Legislaturperiode wollen wir ein sogenanntes Free-Floating-Carsharing-System in Darmstadt etablieren, das Ausleihe und Rückgabe von Leihwagen möglich macht, ohne an feste Stationen gebunden zu sein. Die Kapazität des Fahrradverleihsystems soll sich mindestens verdoppeln.*

*zu c) Wir wollen die Menschen mit einer Mobilitätsoffensive motivieren, zu Fuß zu gehen und Rad zu fahren. Daneben sollen vermehrt autoarme Wohnkonzepte gefördert werden, wie beispielsweise in der Lincoln-Siedlung. Darüber hinaus sind vor allem Dach- und Fassadenbegrünungen in sehr eng bebauten Stadtvierteln geeignete Möglichkeiten, um im Gebäudebestand die „grüne Lunge“ zu stärken. Eine umfassende Dach- und Fassadenbegrünung kann als „vertikaler Stadtpark“ auf kleinster Grundfläche gesehen werden, der mit relativ geringen Kosten und einem hervorragenden Kosten/Nutzen-Verhältnis verbunden ist. Langjährige wissenschaftliche Untersuchungen von Fassadenbegrünung belegen die positiven Auswirkungen: Verringerung von Schadstoffkonzentrationen in der Stadtluft (insbesondere von Feinstaub), Schalldämmung, Regenwasserrückhaltung und somit die Regulation von Temperatur und Luftfeuchtigkeit.*

zu d) Solange es die Straßenverkehrsordnung der Stadt unmöglich macht, Tempo 30 innerorts zur Regelgeschwindigkeit zu machen, muss sich die Stadt – soweit möglich – mit der Ausweitung von Tempo-30-Zonen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Verminderung von Lärm und Schadstoffen behelfen. Eine Änderung des geltenden Rechts, die den Kommunen mehr Handlungsspielraum gibt wird derzeit von der Landesregierung erarbeitet.

zu e) Mittlerweile arbeiten in der Telekom-City 7000 Menschen. Und man erwartet, dass es noch 3000 mehr werden. Und auch die gewerblichen Konversionsflächen dort müssen erschlossen werden. Es gibt leider keine Alternative zu der Westranderschließungsstraße, die den zu erwarteten Verkehr bewältigen könnte. Dies haben Verkehrszählungen schon heute ergeben.

Die Politik versucht immer, eine Balance zwischen Ökonomie und Ökologie herzustellen. Dazu gehört aber auch, Unternehmen Entwicklungschancen zu geben.

### Die Linke

zu a) Ja

zu b) Antrieb der Nutzfahrzeugflotten (Busse, Müllfahrzeuge, Kurierdienste und Taxis) auf LNG mit einer Versorgungsinsel Darmstadt (hierzu Vortrag möglich). Dies ist wegen notwendiger Kryotechnik eine Übergangstechnologie zum Wasserstoff. Zur Verbesserung des Modal Splits streben wir eine Verkehrswende an (siehe Punkt 6)

zu c) Das Durchfahrverbot für nicht schadstoffarme Dieselfahrzeuge ist notwendig. Leider fährt selbst die ansonsten zu bevorzugende Eisenbahn zum großen Teil immer noch mit Triebfahrzeugen ohne Rußfilter!

zu d) Andersherum: Nur auf den Straßen, die dafür geeignet sind, ist durch Beschilderung Tempo 50, in einigen Fällen 70 km/h zu erlauben, ansonsten generell Tempo 30.

zu e) Die Westranderschließungsstraße lehnen wir ab!

### FDP

#### Uffbasse

zu a) Ja

zu b) Siehe Antwort zu c)

zu c) Wir setzen uns für den Ausbau des ÖPNV ein, inklusive Vernetzung der Stadtteile durch Tangentiallinien, Einführung eines Kurzstreckenticket und Förderung von Jobtickets. Optimalerweise Einführung des Wiener Modells wie unter 6 b) beschrieben.

Der Radverkehr soll gestärkt werden, durch mehr Platz auf der Straße für Radfahrer und auch zum Parken der Räder. Die Vorrangstellung des Individual-Autoverkehrs soll zu Gunsten eines Gleichberechtigten Verkehrsgeschehens geändert werden.

zu d) Wir halten das für sinnvoll, können uns dafür nur wenig einsetzen, da dies außerhalb der kommunalen Kompetenz entschieden wird. Allerdings kann „Tempo 30“ als Nebenwirkung auch dazu führen, dass die Autos in den Wohnvierteln „abkürzen“ und weniger Lenkung des MIV stattfindet. Auch die Shared Space

*Konzepte (die in Wohngebieten eine Steigerung der Lebensqualität sein können) funktionieren besser wenn der MIV auf den „Hauptstraßen“ fließt.*

*zu e) Bereits heute sind der Haardring von Süden her und die Kreuzung Am Kavalleriesand / Rheinstraße zu vielen Tagesabschnitten über ihre Kapazität hinaus belastet. Zusätzlicher Verkehr ist dort wohl kaum ordentlich zu bewältigen. Gerade die nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer sind im Bereich Mozartturm benachteiligt – ein Fakt, der als Argument für den Bau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke dient. Diese könnte entfallen, wenn die Kreuzung Am Kavalleriesand / Zweifalltorweg/ Rheinstraße mit weniger Kfz-Verkehr zu einer Verbesserung für die übrigen Verkehrsteilnehmer führt.*

*Wir sind uns über die Eingriffe am Rand des Westwaldes durchaus im Klaren. Aber die Situation heute plus der künftige zusätzliche Verkehr ist für uns ausschlaggebend, die geplante Straße zwischen Eifelring und Eschollbrücker sowie damit verbundene Folgen zu akzeptieren. Dass dabei eine Straßenführung mit den kleinstmöglichen Beeinträchtigungen realisiert wird, versteht sich von selbst.*

### **Piraten**

*zu a) Ja, wir halten eine Reduzierung für wünschenswert.*

*zu b) - Einführung eines Umlagen finanzierten ÖPNV, um diesen attraktiver zu gestalten.*

*- Verbesserungen am ÖPNV Netz zum Beispiel Einführung von Ringlinien.*

*- Verbesserung des Radwegenetzes insbesondere Schließung der noch vorhandenen Lücken und Schaffung einer durchgehenden Ost-West-Verbindung.*

*zu c) siehe Antwort a)*

*zu d) Nein*

*zu e) Beim Neubau von Straßen muss genau geprüft werden, ob diese wirklich notwendig sind und ob die Straße auch zukünftig notwendig sein wird. Insbesondere muss bei der Führung Wert darauf gelegt werden, möglichst wenig Natur dabei zu zerstören. Wir sind gegen die Westranderschließungsstraße.*

## **9. Fluglärm**

Wie ist die Position Ihrer Partei zur Belastung von Fluglärm insbesondere im Darmstädter Norden?

### **CDU**

*Die CDU ist für eine Aufstreuung der Flugrouten, um den Fluglärm besser zu verteilen.*

### **SPD**

*Uns ist bewusst, dass v.a. im Norden der Stadt, aber auch im gesamten Stadtgebiet die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger von Fluglärm eingeschränkt werden. Deshalb fordern wir die Stadt auf, mit Nachdruck auf eine Entlastung hinzuwirken. Um in den jeweiligen Gremien dafür fundiert eintreten zu können, ist eine gute Datenlage mit wissenschaftlicher Begründung der eigenen Position notwendig. Wir möchten aus diesem Grund noch einmal eine städtische Studie zu den Auswirkungen einer Streuung der Flugroute „König kurz“ initiieren.*

### **Grüne**

*Zur besseren Koordination unserer Strategien zur Vermeidung bzw. Minderung von Fluglärm haben wir GRÜNE uns dafür eingesetzt, dass in der Stadtverwaltung die Position eines Fluglärmbeauftragten geschaffen wurde, der die Interessen der Stadt in der Fluglärmkommission vertritt. Wir werden auch künftig im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger auf den Betreiber des Rhein-Main-Flughafens und auf die Landesregierung einwirken, um die Auswirkungen des Flugbetriebs im Norden unserer Stadt für unsere Bürgerschaft erträglicher zu machen bzw. so weit wie nur möglich zu vermeiden. Unser Ziel ist die Einführung von Lärmobergrenzen für den Flugverkehr und die lärmmäßige Optimierung der Flugroute über Darmstadts Norden.*

### **Die Linke**

*Die Anzahl der Flugbewegungen am Flughafen Rhein-Main ist auf 380.000 im Jahr zu deckeln. Wir fordern ein Nachflugverbot von 22 bis 6 Uhr.*

### **FDP**

### **Uffbasse**

*Das Nachtflugverbot müsste auf 22h – 6h ausgeweitet und Ausnahmen restriktiver gehandhabt werden, durch Gebührenanreize der Fraport sollte die Anzahl leiserer Flugzeuge gesteigert werden. Fluggesellschaften sollten verpflichtet werden, modernste Technik einzubauen, um eine flexiblere Steuerung der An- und vor allem Abflugrouten zu ermöglichen. Flugverkehr sollte insgesamt reduziert werden durch attraktivere innerdeutsche und innereuropäische Verkehrsangebote. In Frankfurt sollten die Anzahl der Umsteiger reduziert werden, die überwiegend im betriebswirtschaftlichen Interesse der Fluggesellschaften liegen. Die Auffächerung des Fluglärms muss konsequent umgesetzt werden, um den Fluglärm besser zu verteilen.*

### **Piraten**

*Gemeinsam mit dem Land Hessen, den anderen Kommunen und dem Flughafenbetreiber muss nach weiteren Lösungen gesucht werden, um die Lärmbelastung insbesondere in den Nachstunden weiter zu verringern. Dazu gehören optimierte Streckenführungen und das Benutzen modernster Technik um z.B. die An- und Abflugwinkel steiler zu gestalten oder nur entsprechend leiseren Maschinen Start- und Landeerlaubnis zu erteilen. Auch müssen mögliche Anreize diskutiert werden, dass die Airlines bei Anschaffung neuer Flugzeuge auf die Lautstärke dieser besonders achten.*

## **10. Wachstum**

Prognosen sagen steigende Einwohnerzahlen in Darmstadt auch für die kommenden Jahre voraus. Diese Menschen müssen hier Wohnraum mit genügenden Freiflächen finden und sich in der Stadt fortbewegen.

- a) Welche Einwohnerzahl Darmstadts halten Sie für erstrebenswert und tragbar?
- b) Befürworten Sie neue Baugebiete (wenn Ja, wo?), Nachverdichtung (wenn Ja, wo?) oder den Bau von Hochhäusern und Aufstockungen (wenn Ja, wo?) oder welche anderen Ideen haben Sie dazu?

### **CDU**

*zu a) Darmstadt wird weiter wachsen, eine konkrete Zahl möchten wir nicht nennen.*

zu b) Wir brauchen eine Kombination aus Nachverdichtung, Aufstockungen und neuen Baugebieten. Auch mit den Nachbarkommunen ist zu verhandeln, zum Beispiel am Flugplatz Griesheim. Durch Verbesserungen beim Lärmschutz könnte es auch im Darmstädter Norden wieder möglich werden zu bauen.

### SPD

zu a) Diese Frage war Gegenstand der Diskussion in der Partei. Im Ergebnis halten wir es nicht für zielführend sich hier auf eine Einwohnerzahl festzulegen, da a) der Zuzug von Personen zu einem guten Teil von externen Faktoren abhängt, und b) eine „verträgliche“ Einwohnerzahl von zukünftigen Bedürfnissen (etwa Wohnflächenbedarf/Einwohner) abhängt, die nicht mit der notwendigen Sicherheit prognostizierbar sind.

zu b) Aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ist einer Nachverdichtung der Schaffung neuer Baugebiete Vorrang zu geben. Wir planen, zusammen mit der Stadtgesellschaft einen Masterplan Wohnen aufzustellen, der langfristig aufzeigt, wo und wie neuer Wohnraum geschaffen werden kann.

Wichtig für uns Sozialdemokraten ist die ausgewogene soziale Durchmischung des gesamten Stadtgebietes.

### Grüne

zu a) Darmstadt wächst. Seit 1998 ist die Bevölkerungszahl von 146.000 auf 157.000 gestiegen. Wir sehen dies als Herausforderung. Im Sinne einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Stadtentwicklung sowie im Interesse des Schutzes von Natur und Umwelt ist daher das Prinzip der Innenentwicklung ergänzt durch eine effektive und sparsame Baulandgewinnung das Leitmotiv unserer künftigen Stadtentwicklungs- und Mobilitätspolitik. Sie stärkt das Konzept der Stadt der kurzen Wege mit guter Infrastruktur, lebendiger Nachbarschaft und sozialem Miteinander, angemessener Nahversorgung sowie leistungsfähigem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Zudem eröffnet die Innenentwicklung verbesserte Möglichkeiten, auf das Auto zu verzichten, ohne die Mitbürgerinnen und Mitbürger in ihrer Mobilität einzuschränken. Eine Diskussion um eine mögliche „Einwohner-Obergrenze“ ist nicht zielführend.

zu b) Wir wollen bis 2020 10.000 neue Wohnungen für alle schaffen. Der Mobilisierung von Flächen jeglicher Art und der Entwicklung von Potenzialen für zusätzlichen Wohnraum im bereits bestehenden Wohnungsbestand kommt dabei besondere Bedeutung zu. Die Stadt mobilisiert – auch in teilweise sehr schwierigen und langwierigen Verhandlungen – Konversionsflächen, Brachflächen und Baulücken. Dies schließt explizit auch die Nutzung leer stehender Gebäude oder den Dachausbau vorhandener Häuser ein. Die städtebaulichen Bebauungspläne und Verträge werden preisgünstigen und sozialen Wohnungsbau vorsehen. Städtische Grundstücke sollen mit der Verpflichtung zum anteiligen Bau von mindestens 30 % sozialen Wohnraums vergeben werden.

### Die Linke

zu a) DIE LINKE teilt die Begeisterung für das Wachstum nicht. Für uns ist die Lebensqualität der in der Stadt wohnenden Menschen entscheidend. Wir wollen nicht, dass Abwanderung die ländlichen Regionen entvölkert, während es in den Städten immer enger wird. Wir fordern eine überregionale Strukturpolitik, die solche Konzentrationsprozesse begrenzt. Durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer kann auch ohne weiteres Wachstum mehr Geld in die Stadtkasse fließen.

Tragbar ist eine Einwohnerzahl, die durch Neu-Bebauung und maßvolle Verdichtung ohne Ausdehnung in bisherige Schutzgebiete (z.B. Oberfeld) und Wälder rings um Darmstadt untergebracht werden kann. Vor einem Stopp von Wohnungsbau muss folgerichtig ein Stopp von Gewerbebau stehen. Wichtig ist es, den

*Verdrängungsdruck auf weniger zahlungskräftige Bewohner durch politische Vorgaben (massive Investition in sozialen Wohnungsbau, soziale Bodennutzung, Milieuschutz) zu verringern.*

*zu b) Diese komplexe Frage ist Sache des Masterplans 2030 und nicht auf die Schnelle zu beantworten. Dem Wachstum nach außen sind die in Teil a) genannten Grenzen gesetzt. Bei der Verdichtung muss auf das Stadtklima Rücksicht genommen werden. Zur Schaffung neuen Wohnraums scheint ein moderates Wachstum der Stadt in die Höhe die ökologisch am wenigsten schädliche Strategie zu sein. Auch die politischen Möglichkeiten zur Verringerung des Pro-Kopf-Bedarfs an Wohnfläche sollten ausgeschöpft werden.*

## FDP

### Uffbasse

*zu a) Darauf zu antworten, fällt uns schwer, denn wir können es nicht bestimmen. Solange die Stadt für Zuziehende attraktiv ist, wird Darmstadt wachsen. Eine bewusste Reduzierung dieser Attraktivität wäre Ja auch eine Verschlechterung für die heutigen Menschen in DA – das wollen wir nicht.*

*zu b) Die Möglichkeit neuer Baugebiete ist in DA sehr begrenzt, daher muss der Focus liegen auf Nachverdichtung, Aufstockung und der Möglichkeit auch Gebäude mit 6 oder sogar 7 Geschossen zu erlauben, da wo es städtebaulich vertretbar ist? Ohne solche Optionen würden die Kosten für Wohnen noch weiter und stärker steigen als bisher. Es müssen auch neue Baugebiete erschlossen werden. Hierzu sind Verhandlungen mit den Nachbargemeinden zu führen, um dem wachsenden Druck auf dem Wohnungsmarkt begegnen zu können. Das Rhein-Main Gebiet wird zusammen wachsen und DA wird voraussichtlich über die jetzt definierten Grenzen hinauswachsen.*

### Piraten

*zu a) Eine Limitierung auf einen festen Zahlenwert erscheint uns nicht sinnvoll.*

*zu b) Wir sind generell dafür, dass wenn möglich eine Nachverdichtung durch Aufstockung des bisher vorhandenen Gebäudes erfolgen soll. Für die vielen sehr niedrigen Gebäude in der Stadt gäbe es kreative Wege der zusätzlichen Bebauung nach oben. Diese gilt es zu prüfen, und wo möglich zu fördern. Eine konservative Sicht auf Baugenehmigungen, die das behindert, wollen wir beenden. Bei Neubauten im Innerstädtischen Bereich muss geprüft werden, wo es möglich ist, höhere Gebäude als die Umliegenden zu erlauben. Bei der Erschließung neuer Baugebiete muss beachtet werden, ob dadurch wertvolle Ökogeieten wie zum Beispiel Wald, Magerrasenflächen oder Feuchtwiesen zerstört würden. Die Zerstörung von wertvollen Ökogeieten ist zu vermeiden.*

## 11. Personal

Die großen und steigenden Aufgaben im Natur- und Umweltschutz können nur geleistet werden, wenn ausreichend Personal für die Bewältigung zur Verfügung steht.

a) Halten Sie den gegenwärtigen Personalbestand und die Strukturen auf diesem Gebiet für ausreichend?

Wie stehen Sie...

b) zur Einrichtung einer Stabsstelle für die Biologische Vielfalt?

c) zur Aufstockung des Personals im Umwelt- und Grünflächenamt?

d) zur Berufung von Beauftragten für die Biologische Vielfalt u. a. im Tiefbau-, Grünflächen- und Stadtplanungsamt?

### CDU

zu a) Den gegenwärtigen Personalbestand halten wir für ausreichend.

zu b) Zurzeit nicht erforderlich.

zu c) Keine Personalaufstockung.

zu d) Nicht erforderlich.

### SPD

zu a) Die SPD tritt dafür ein, dass die Stadt in allen Zuständigkeitsbereichen, also auch bei Natur und Umweltschutz über ausreichend Personal verfügt. Wir stehen zudem für eine Personalpolitik, die Qualifikation und Weiterbildung ermöglicht, denn wir brauchen gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

zu b) Deren Notwendigkeit können wir derzeit nicht abschätzen.

zu c) Wir halten die Mitarbeiterausstattung derzeit für ausreichend.

zu d) Es erscheint uns sinnvoll auf diese Weise eindeutige Ansprechpartner zu benennen.

### Grüne

Ebenso wichtig wie Sachmittel ist die Personalausstattung. Hier muss es eine feste Finanzierung für Personalkosten geben. Die Stelle einer Biologin/eines Biologen bzw. einer vergleichbaren naturwissenschaftlichen Ausbildung beim Umweltamt muss erhalten bleiben und auch im Hinblick auf den praktischen Naturschutz kompetent besetzt sein.

Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, insbesondere im Grünflächen- und Stadtplanungsamt für ausreichende Personalkapazitäten zu sorgen. Auch im Hinblick auf die Bewerbung zur Landesgartenschau 2022 ist es zwingend erforderlich, die personelle Ausstattung dieser Ämter zu überprüfen.

### Die Linke

zu a) Es wurde viel outgesourct und aufgegeben. Dies ist am Stadtbild abzulesen: Grünanlagen und Brunnen. Aktuell wird die Stadtgärtnerei aufgegeben. Daher: Nein, der Personalbestand ist nicht ausreichend.

zu b) Prinzipiell wohlwollend. Die Rahmenbedingungen wären zu diskutieren.

zu c) DIE LINKE fordert insgesamt die Schaffung neuer Planstellen und die schnellstmögliche Besetzung bestehender Stellen in der Stadtverwaltung zur Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und zur Entlastung der Beschäftigten. Damit ist natürlich auch das Umwelt- und das Grünflächenamt gemeint.

zu d) Manchmal fehlt es den bisher für die Fachgebiete Verantwortlichen an Sinn für Förderung der Biodiversität. Es ist nicht unbedingt eine Frage des Personalbestandes, Sensibilisierung täte hier Not.

### FDP

## Uffbasse

zu a) *Ja, wenn alle Stellen im Stellenplan, besonders die leitenden Positionen besetzt sind*

zu b) *Erscheint uns nicht notwendig, wenn alle Stellen des Stellenplans im Umwelt- und Grünflächenamt besetzt sind und auch im Bereich Stadtplanung dieser Aspekt stärker mitberücksichtigt wird.*

zu c) *Erscheint uns nicht notwendig, wenn alle Stellen des Stellenplans im Umwelt- und Grünflächenamt besetzt sind. Bedarfsspitzen können durch Auftragsvergabe aufgefangen werden.*

## Piraten

zu a) *Nein*

zu b) *So hoch würden wir es nicht ansiedeln. Aber der passenden Stabstelle entsprechende Mittel für die Hinzunahme von Experten, wo das nötig ist, muss möglich sein.*

zu c) *Ja*

zu d) *Es ist wichtig Regelmäßig den Bestand an Flora und Fauna zu dokumentieren und Veränderungen zu analysieren. Dafür bedarf es eigener Fachleute, die beim Umweltamt angesiedelt sein sollten.*